

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Bollme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk: Halber, Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Whf., Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Döhl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wihl, Bell Jr., Halber.

Fernsprecher Nr. 42, Amt Halber.

Telegramm-Adresse: Anzeiger Halber.

Nr. 115

Anzeigenpreis: für 1 mm Höhe, (34 mm breit) 6 Goldpfennig, für Verträge, Finanzanzeigen und auswärtige Anzeigen 10 Goldpfennig. Retenue 40 Goldpfennig, — Offertgeblühn 10 Goldpfennig und Porto.

Halber
Mittwoch, den 19. Mai

Erscheint wöchentlich 6 mal.
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Des Landmanns Sonntagsblatt“ und „Herd und Scholle“

1926

Das neue Reichskabinett.

Dr. Marx Reichskanzler.

Bestätigung der bisherigen Minister.

Die Regierungskrise im Reich ist dieses Mal, entsprechend den Wünschen des Reichspräsidenten von Hindenburg, schnell beigelegt worden. Reichspräsident Dr. Marx hat, nachdem das Zentrum hierzu seine Einwilligung gegeben hatte, den ihm vom Reichspräsidenten



Reichskanzler Dr. Marx.

angebotenen Posten des Reichskanzlers angenommen. Dr. Marx ist auch gleichzeitig mit der einstweiligen Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers der Justiz und des Reichsministers für die besetzten Gebiete beauftragt worden. Ferner hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers Dr. Marx die Mitglieder der bisherigen Reichsregierung in ihren Ämtern bestätigt. Die Regierungserklärung der neuen Reichsregierung wird für Mittwoch oder Donnerstag erwartet. In dieser Erklärung wird auch die Schaffung der

neuen Reichsflagge behandelt werden, an deren Verwirklichung bald herangegangen werden soll.

Der Ernennung des neuen Reichskanzlers sind Verhandlungen zwischen Zentrum und Deutscher Volkspartei vorausgegangen, bei denen folgende Vereinbarungen getroffen wurden:

1. Die bestehende Regierungskrise muß unverzüglich gelöst werden. Deshalb sind beide Parteien bereit, in ein Minderheitskabinett einzutreten.

2. Es besteht Übereinstimmung, daß die außen- und innenpolitische Lage mit möglicher Beschleunigung die Schaffung einer Regierung erfordert, die sich auf eine Mehrheit des Reichstages stützt.

3. Für die Mehrheitsbildung können nur Parteien in Frage kommen, die die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr bieten.

Der neue Kurs.

Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Keine wesentliche Veränderung — das ist die Parole, mit der nun das neue Kabinett in Aktion tritt. An und für sich bedeutet die Ernennung des Vorsitzenden der Zentrumspartei und ihrer Reichstagsfraktion zum Reichskanzler unzweifelhaft doch eine Wendung, denn Dr. Marx unterhält durch seine Mitgliedschaft beim „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ enge Beziehungen zur Demokratie und Sozialdemokratie. Andererseits hat man ihm dort aber stark verdacht, daß er in der Flaggenfrage den Absichten des früheren Reichskanzlers Dr. Luther zustimmte. Vielleicht ist er der Urheber des Ausweises gewesen, die

Verordnung vorläufig auszusetzen, bis baldmöglichst eine Einheitsflagge geschaffen ist. Die Demokraten im Reichstage beruhigten sich nicht bei den etwas unbestimmten Versprechungen Dr. Luthers. In der ersten Sitzung des neuen Kabinetts Dr. Marx, dem im übrigen alle Minister des letzten Kabinetts Luther angehören, hat man sich jedoch auf den Standpunkt gestellt, daß es vor allem darauf ankomme, möglichst schnell diese Einheitsflagge zu schaffen, wie es Hindenburg vorschlug; denn nur dadurch kann die Flaggenverordnung vom 5. Mai, über die Dr. Luther gefallen ist, aus der Welt geräumt werden.

Eine Wendung bedeutet aber auch die Betonung, mit der die Volkspartei und das Zentrum die Notwendigkeit hervorheben, daß sich die neue Regierung auf eine Mehrheit im Reichstage stützen müsse, daß für diese Mehrheitsbildung aber nur jene Parteien in Frage kämen, die „die Rechtsgültigkeit der bestehenden internationalen Abmachungen anerkennen und für die Fortführung der bisherigen Außenpolitik Gewähr bieten“. Das richtet sich unverkennbar gegen die Rechtsparteien, die der Außenpolitik Luther-Stresemann widerstreben. Infolgedessen wird sich auch die bevorstehende Regierungserklärung bemühen müssen, die brennenden innenpolitischen Streitfragen in einer Weise zu behandeln, daß sie einer wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie begegnet, damit sich das Kabinett in den Sattel setzen kann.

Ob es wird reiten können oder vielmehr, ob das Parlament es auf längere Zeit wird reiten lassen, kann erst die Zukunft lehren, denn drängender als die außenpolitischen Streitfragen sind zurzeit die der Innenpolitik. Freilich sitzen in dem Kabinett die gewiegenen parlamentarischen Lakaien Marx und Stresemann, beide auch Vorsitzende ihrer Parteien, so daß sie dort entstehende Widerstände leichter werden überwinden können als der Rechtsparteipolitiker Dr. Luther, und jene beiden haben auch wiederholt schon bewiesen, daß sie drohende Klippen umschiffen können. Mit beider Namen verknüpft sich jene Außenpolitik, die nach London und zum Dawes-Abkommen, schließlich nach Locarno und Genf führte. Beide genießen infolgedessen bei ihren Parteien großes Ansehen, aber es wird ihrer ganzen Geschlossenheit bedürfen, um die Frage der Volksbegehren in der Fürstentteignung und der Aufwertung in einer Weise zu lösen, die nicht wieder zu einer Krise führt. Das aber sind nur ein Teil der innenpolitischen Fragen und bei der Zerrüttung und der inneren heftigen Gegnerschaft, die heute parteipolitisch in Deutschland herrschen, ist die Gefahr nicht ausgeschlossen, daß die soeben beendete Krise doch vielleicht allzu bald von der nächsten abgelöst wird.

Eins aber wird sicher durch das neue Kabinett hergestellt sein: das ist engste Fühlung zwischen Regierung und Reichstag. Fast alle Mitglieder des Kabinetts sind selbst Mitglieder des Parlaments, anerkannte Führer ihrer Parteien. Dadurch wird vielleicht vermieden werden, daß es auf Grund des Doktrinarismus auf der einen oder anderen Seite zu Krisen kommt, die zum mindesten überflüssig sind.

Volksentscheid für die Enteignung der Fürstenvermögen.

Nachdem der Reichstag den im Volksbegehren verlangten Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, hat, wie amtlich mitgeteilt wird, die Reichsregierung beschlossen, den Gesetzentwurf zum Volksentscheid zu stellen. Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni, statt.

Preußenparlament und Putzgerücht

Erklärungen der preußischen Parteien

Im Preussischen Landtag.

(172. Sitzung.) tt. Berlin, 17. Mai.

Das Haus erledigt einige kleine Vorlagen. Der Gesetzentwurf für die Ausgestaltung des staatlichen Vergewaltigungs, der 30 Millionen Mark bereitstellen will, wird dem Hauptausschuß zur Vorberatung überwiesen, ein Antrag des Zentrums zur Behebung der Notlage der deutschen Steinindustrie wird dem Handelsausschuß überwiesen. Angenommen werden deutschnationale Anträge in der Ausschussfassung, die Maßnahmen zur Linderung der Auswinterungsschäden der ostpreussischen Landwirtschaft fordern. Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Trennung und Auseinanderführung der

Provinzen Ober- und Niederschlesien.

Ministerpräsident Braun weist darauf hin, daß die Vorlage die Schaffung einer selbständigen Provinz Oberschlesien zum Ziel habe. Der Ausschuß habe an der Vorlage jedoch in wichtigen Punkten Änderungen vorgenommen und z. B. keine besondere Lebensversicherungsanstalt und keine Provinzialhaushaltsversicherungsanstalt zugesagt. Diese Änderungen würden der Vorlage eine Gestalt geben, die von der Staatsregierung und der ober-schlesischen Bevölkerung nicht als volle Erfüllung des seinerzeit gegebenen Versprechens angesehen werden könne. Die Staatsregierung ersuche daher den Landtag, nochmals eine ernsthafte Prüfung dieser Angelegenheit vorzunehmen.

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen überweist das Haus auf Antrag des Abg. Kiebel (Dem.) die Vorlage nochmals an den Verfassungsausschuß. Vor der nun fälligen zweiten Beratung des Notetats erfolgt eine

Zentrumsklärung für den jetzigen Staat.

Abg. Dr. Porch (Ztr.) teilt mit, die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages habe zu den die Öffentlichkeit seit einigen Tagen beschäftigenden Gerüchten über einen im Entstehen befindlichen Rechtsputz zu erklären:

Die Zentrumsfraktion gibt auch bei diesem Anlaß mit allem Nachdruck der Meinung Ausdruck, daß es nicht nur ein selbstverständliches Recht, sondern die absolute Pflicht der Staatsregierung ist, mit größter Aufmerksamkeit darüber zu wachen, daß nichts geschieht, was den bestehenden Staat in seinem Bestande irgendwie gefährden könnte, ganz gleichgültig, von welcher Seite Umsturzbestrebungen zu erwarten wären. Der neue Staat hat leider keine Veranlassung, in dieser Hinsicht weniger behutsam zu sein, als es der alte gewesen ist.

Es sind seit der Errichtung des demokratischen Staates weichen Dinge genug vorgekommen, die allerdings die äußerste Wachsamkeit der Staatsregierung gegen umstürzlerische Bestrebungen zur gebieterischen Notwendigkeit machen. Amtierende Staatsmänner sind ermordet worden, für andere war die Notwehr bestimmt, sogenannte Feme-morde, ein besonders schrecklicher Ausbruch politischer Verheerung, machten selbst vor dem Leben einfacher Menschen nicht halt. Unablässig sind Kräfte am Werk, die es darauf anlegen, eine Atmosphäre haßerfüllter Abneigung gegen die deutsche Demokratie zu erhalten und immer wieder neue zu schaffen.

Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes geht zur Demokratie und hat keine Lust, sich die Staatsform, die sie nach dem Kriege geschaffen hat, antauchen zu lassen. Zu dieser überwältigenden Mehrheit gehört auch die deutsche Zentrumspartei.

Am weiteren führte der Redner noch aus, auch die Zen-

trumsfaktion des Preussischen Landtages werde unablässig zur Verteidigung der republikanischen Staatsform auf dem Posten sein. Die Fraktion habe volles Vertrauen zu der jetzigen Staatsregierung, daß sie alles tue, um die gefährlichen Gefahren abzuwenden.

Abg. Bartels-Krefeld (Komm.) kommt ausführlich auf die bekannten Mitteilungen über die angeblich geplanten Putsch zurück und ruft die Arbeiterfront zur Einheitsfront im Sinne seiner Partei auf. Der Redner wird mehrmals bei heftigen Ausfällen vom Präsidenten des Landtages zur Mäßigung ermahnt.

Der Redner der Volkspartei.

Abg. Eichhoff (D. Vp.): Wenn ich bisher zweifelhaft war, von welcher Seite des Hauses dem Staate größere Gefahren drohen, so bin ich es nach der Rede des Abgeordneten Bartels nicht mehr.

Namens meiner Fraktion habe ich zu erklären, daß wir jede gewalttätige Änderung der Verfassung nach wie vor entschieden ablehnen. Wir stehen auf dem Boden der Verfassung und arbeiten im Rahmen unserer Grundsätze mit. Darum begrüßen wir es durchaus, wenn die Regierung gegen Putschpläne von rechts oder links vorgeht.

Aber ein solches Vorgehen darf nicht leichtfertig in die Rechte der Staatsbürger eingreifen. Es darf nicht einseitig bloß gegen eine Seite gerichtet sein, und maßgebend muß sein, daß es sich um die Sicherheit des Reiches oder der Länder handelt.

Das Vertrauen, das der Zentrumsfredner der Staatsregierung ausgesprochen hat, teilen wir nicht. Wir haben gegen das Vorgehen die allerhöchsten Bedenken.

Wir sind der Überzeugung, daß eine viel größere Gefahr auf der linken Seite, bei den Kommunisten, steht als auf der rechten. Die ganze Art, wie die Öffentlichkeit unterrichtet worden ist, kann unser Volk nur noch mehr auseinanderreißen. Der Redner wendet sich gegen die rigorose Art der jetzt geführten Untersuchung, gegen die Hausdurchsuchungen bei angesehenen Männern und fordert Genugtuung für sie und Befristung der schuldigen Beamten, wenn kein ausreichender Grund für das Vorgehen vorgelegt wird.

Preussischer Ministerpräsident Braun

spricht unter großer Unruhe des Hauses und fortwährenden Zurufen. Der Ministerpräsident führt aus, von den Rechtsblättern werde es immer so dargestellt, als ob nur gewisse Phantasten ihr Wesen trieben. Der Ministerpräsident fährt fort: Es wird erklärt, daß wir vor einer zweiten revolutionären Periode stünden, vor einer Linksdiktatur. Das geschieht doch nur zu dem Zweck, um das Streben nach einer Rechtsdiktatur zu verbergen. Ich verweise demgegenüber auf die tatkräftige Tätigkeit des Herrn Ehrhardt, der auf eine Einigung aller rechtsstehenden Verbände hinarbeitet. Ja, es wird immer so dargestellt, als ob diese Verbände ganz harmlos seien. Es ist aber festgestellt worden, daß sie nicht nur das treiben, was sie nach ihren Statuten vorgeben. Sie sind zum Teil bewaffnet; sie halten Schießübungen ab. Sie haben Pläne aufgestellt, nicht nur solche, die geeignet sind, Deutschland gegen einen Überfall von außen zu schützen. Sie haben vielmehr auch Pläne gemacht, die direkt auf den Umsturz eingestellt sind. Der Ministerpräsident zitiert dann Stellen aus einem ganz detailliert gehaltenen Aufmarschplan für, wie es dort heißt, „die große Auseinandersetzung mit den Novemberverbrechern von 1918“. In den letzten Wochen ist wiederholt ausgesprochen worden, daß man vor der großen Auseinandersetzung steht und daß die Verbände bereit sein müßten, einzugreifen. Man sollte aber nicht einen Putsch vom Zaune brechen, sondern man müßte — und da bitte ich Sie, meine Herren von der Linken, besonders gut aufpassen — einen Linksputsch abwarten. Im Notfall müßte man diesen Linksaufstand provozieren. Es sollte dann nicht bei der Niederlegung des Kommunistenaufstandes verbleiben, sondern man müßte mit politischen Forderungen der Verbände, vor allem auf Beseitigung der parlamentarischen Verfassung und der gegenwärtigen Staatsmänner, hervortreten. Das sind die politischen Bestrebungen dieser angeblichen Sportverbände. Der Redner verliest mehrere Briefe und sonstiges Material, woraus zu folgern sei, daß man auf den

Reichspräsidenten

habe einwirken wollen, um die Verfassung zu stürzen und die Diktatur aufzurichten, und sagt dann:

Der Herr Reichspräsident hat mir auf meine Anfrage erklärt, es sei ganz selbstverständlich, daß er all diesen Plänen fernstehe. Die Bestrebungen der Leute, die den Herrn Reichspräsidenten gewinnen wollen, gehen auch dahin, ihn über seine Familienangehörigen hinweg auf die große kommunistische Gefahr aufmerksam zu machen.

Wir haben bei unseren Hausdurchsuchungen leider nicht alles Material bekommen können, weil wir vor den Herren halmachten, die in ihrer Eigenschaft als Abgeordnete oder wegen sonstiger hoher Ämter gewisse Rechte haben. Auch bei den Hausdurchsuchungen, die vorgenommen wurden, ist uns nicht alles Material in die Hände gefallen, weil die betroffenen Herren leider vorher bereits unterrichtet waren. Einer hat erklärt: „Ich habe die Sachen, die die Polizei nicht sehen soll, bereits auf die Seite geschafft“. Die Dinge seien durchaus nicht harmlos. Das preussische Volk, das in seiner überwiegenden Mehrheit republikanisch sei, werde sich das nicht bieten lassen. Die Regierung werde alle Machtmittel anwenden, um hochverräterische Unternehmungen niederzuringen.

Deutschnationale Stellungnahme.

Abg. Steinhoff (Dtn.) betont, die jetzigen Maßnahmen stellten lediglich einen Wandschirm dar, um zunächst die Tatsachen zu verstellen, daß wir vor einer zweiten Revolution, vor einem roten Aufbruch stehen. Der Rote Kampfbund ist nichts anderes als die Fortsetzung der roten Hundertschaften. Es hat sich herausgestellt, daß die Maßnahmen des sogenannten Wehrartikels in den vaterländischen Verbänden reine Abwehrmaßnahmen gegen den roten Terror gewesen sind. Dafür sollte man Dank bezeugen. Man hat an Stelle dessen die bekannten Maßnahmen ergriffen. Es besteht eine ungeheure Erregung in der Industrie. Auch in der Landwirtschaft des Westens herrscht große Aufregung wegen des Vorgehens gegen den Herrn von Lünning. Herr Braun hat einen beschlagnahmen Brief zitiert, der den Reichspräsidenten für eine Diktatur gewinnen will. Dieser Brief ist gar nicht abgesandt worden. Es handelt sich um einen Entwurf, auf den die Polizei hereingefallen ist. Das letzte Ziel geht dahin, endlich die sozialdemokratische Absicht durchzuführen, aus der Reichswehr eine Miliz zu machen. Das ist ja klar ausgesprochen worden in Magdeburg auf dem Reichsbanneritag. Es wurde dort ja gesagt, daß wir den Faschismus hätten, wenn das Reichsbanner nicht da wäre. Der Kampf, der von der preussischen Regierung vom Raum abgedrängt ist, ist tatsächlich

zeln und der Parteien.

Senatsmarschall Trampczynski reiste nach Polen ab, um in dem Pilsudski feindlichen Westpolen zu vermitteln und den Abzug der bei Byrdow aufgestellten Posener Regimenter zu veranlassen. Die Verhandlungen sollen aber, wie es heißt, gescheitert sein.

Amundsens Polfabrt.

Ungeahnte Vereisung des Luftschiffes.

Die Nordpolexpedition Amundsens hat auf ihrer Fahrt kein Neuland entdeckt. Das Schiff geriet am Mittwoch hinter dem Eispol in schwere Nebelwolken, die sich jedoch zeitweise teilten, so daß ein Überblick über die Gegend möglich war. Hierbei wurden lediglich ungeheure Eismassen festgestellt. Im Verlaufe der Fahrt bildeten sich an allen Teilen des Schiffes Eisschichten. Die Mannschaft mußte infolgedessen dauernd die hierdurch entstehenden Beschädigungen am Schiffe flicken. Die „Norge“ erreichte ohne vom Kurse abzuweichen Point Barrow. Hier wurde das Wetter aber derart schlecht, daß eine Kursänderung beschlossen wurde, da sonst die Gefahr bestand, daß das Schiff im Nebel auf die Berge Alaskas stößen könnte. Eine genaue Orientierung war bei Point Barrow infolge des außerordentlich stürmischen Wetters nicht möglich. Die „Norge“ flog darauf, die Küste Alaskas links lassend, der Beringstraße zu, um unter Umständen in Sibirien landen zu können. In der Beringstraße bildeten sich wieder neue Eisschichten. Da das Flugmaterial verbraucht war und die Mannschaft sich in einem außerordentlich erschöpften Zustande befand, geriet das Schiff in einen kritischen Zustand. Aus diesem Grunde wurde beschleunigte Landung beschlossen. Das Schiff erreichte nach 71stündiger Fahrt Teller, wo die Notlandung stattfand.

Die Norge ist in Teller entleert worden. Amundsen und Ellsworth haben sich in einem Motorschiff nach Nome begeben. Teller ist gegenwärtig vereist. Die Landung eines Dampfers sowie die Verladung des Luftschiffes wird erst nach Monaten möglich sein.

Die Kosten des Polfluges.

Der norwegische Gesandte in Rom erklärte in einem Interview, daß Amundsen und Ellsworth als nächste Aufgabe eine neue Expedition nach dem Südpol vorbereiten dürften. Im übrigen habe die Expedition der „Norge“ bisher 20 Millionen Lire (ungefähr drei Millionen Mark) gekostet. Dieser Betrag sei nahezu ausschließlich von Ellsworth aufgebracht und zur Verfügung gestellt worden.

Nordpolexpedition mit Autoschlitten.

Auf die Flüge zum Nordpol sollen jetzt Autofahrten zum Pol folgen. Der französische Leutnant Darcis ist es, der das versuchen will, und ein paar französische Gelehrte wollen ihn begleiten. Die neue Expedition soll, im Gegensatz zu den Nordpolexpeditionen der letzten Wochen ausschließlich wissenschaftliche Zwecke verfolgen. Darcis trifft gegenwärtig in Bordeaux die letzten Vorbereitungen für die Fahrt, die Ende Juni von Dünkirchen aus an Bord eines Eisbrechers angetreten werden soll.

Lokales und Provinzielles.

Halber, den 19. Mai 1926.

* Der Pfingstverkehr auf der Reichsbahn. Die Reichsbahn macht nochmals darauf aufmerksam, daß die Ermäßigung von 33 1/2 Proz. auf Sonntagsrückfahrkarten und von 50 Proz. für Schulausflüge, Fahrten von Studierenden und Schülern, zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken und für Jugendpflegefahrten unverändert auch zu Pfingsten gewährt werden. Die Transporte von Stadtkindern, die zur Erholung aufs Land geschickt werden, müssen während der Pfingsttage infolge Wagenmangels unterbleiben. Da der Landaufenthalt der Kinder mindestens vier Wochen dauern muß, kann jedoch die Einstellung dieser Transporte an den Pfingsttagen hingenommen werden. Laut allgemein geltender Tarifbestimmung können ferner die Gesellschaftsfahrten von 30 Personen und darüber mit Ermäßigung zu Pfingsten nicht zugelassen werden. Infolge Wagenmangels können auch Bestellungen Privater auf Gesellschaftsfahrenden in der Zeit vom 22. 5. morgens bis zum 24. 5. einschließlich nicht entgegengenommen werden. Die von der Verwaltung selbst zu Pfingsten eingelegten Sonderzüge werden natürlich, genügende Besetzung vorausgesetzt, mit der bekannt gegebenen Ermäßigung gefahren (Im allgemeinen 33 1/2 Proz., im Verkehr mit Ostpreußen 50 Proz.)

x Halber, 18. Mai. Der mit dem 15. Mai eingetretene Sommerfahrplan der Reichseisenbahn bringt auf der Strecke Hagen—Brügge—Dieringhausen und umgekehrt einige beschleunigte Personenzüge. So u. a. ab Hagen 7.27 Uhr abends Brügge an 8.08 Uhr, um nun hier einen Anschluß nach Dieringhausen und Halber zu erhalten, wäre es angebracht, wenn die Verkehrsgesellschaft Wupper-Sieg die Abendsfahrt ab Lüdenscheid nach Halber um 40 Minuten später legte, alsdann könnten die Passagiere des oben genannten Zuges bequem ihr Reiseziel in Richtung Halber und darüber hinaus erreichen. Durch Einrichtung dieses Anschlusses wird der Verkehr auf der Eisenbahn wie auch des Autos sicherlich lebhafter werden.

*) Halber, 18. Mai. Daß die Liebe zur Mission auch in unserer Gemeinde immer mehr zunimmt, daß beweisen die vielen Gelder, die jetzt wiederum für die am morgigen Tage, Mittwoch stattfindende Verlosung gespendet worden sind. Zur Besichtigung der Handarbeiten haben alle Damen, die sich dafür interessieren und an der Verlosung nicht teilnehmen können, am genannten Tage bis nachmittags 3 Uhr im Vereinshaushaus Gelegenheit. Die Verlosung beginnt um 3 1/2 Uhr. Mit einer Missions-Ansprache wird Pfarrer Lindemann die Veranstaltung einleiten.

(!) Halber, 18. Mai. Das vom Kaninchenzuchtverein Halber im Lokale des Wirts Gust. Lückmann veranstaltete Preisschießen hatte folgendes Ergebnis: 1. Preis: Gust. Lückmann, 2. Preis: J. Grütterich, 3. Preis: M. Muth, 4. Preis: P. Talowy, 5. Preis: W. Böhle, 6. Preis: Ad. Rösenstrunk, 7. Preis: Rud. Rönke, 8. Preis: Otto Althaus.

—x Schalksmühle, 18. Mai. Der Vorstand der Nachbarschaft „Volme“ Schalksmühle besaßte sich in seiner letzten Vorstandssitzung mit folgenden Punkten: 1. Friedhofsfrage, 2. Aufnahmen, 3. Leichenpaß, 4. Verschiedenes. Es wurde beschlossen: Der Vorstand hatte

bei der hiesigen Kirchengemeinde beantragt die Gebühr der Reihengräber auf dem neuen Friedhof für die Mitglieder der Nachbarschaft und deren Angehörigen herabzusetzen ganz zu erlassen. Die größere Kirchengemeindevertretung hat diesem Antrag in ihrer letzten Sitzung leider nicht stattgegeben. Daraufhin beschloß der Vorstand nach Rücksprache mit dem Presbyterium, die Kosten für die Reihengräber von Seiten der Nachbarschaft ab 1. Mai ds. Js. zu tragen. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 1255, während sich die Gesamtzahl mit Angehörigen auf über 4000 beläuft. Ferner wurde beschlossen bei Sterbefällen der Mitglieder und deren Angehörigen aus den nächstliegenden Krankenhäusern bei Ueberführung nach der Heimat den üblichen Leichenpaß zu bezahlen, wogegen die eigentlichen Kosten der Ueberführung schon vor Jahren getragen wurden. Ferner wurden die Kosten bewilligt für die Anschaffung eigener Decken zum Behang der Pferde des Leichenwagens mit der Inschrift „Nachbarschaft Volme, Schalksmühle“. Die Decken werden in den nächsten Tagen eintreffen und bei der ersten Beerdigung in Gebrauch genommen werden. Ueber die Tätigkeit der Aufnahme-Kommission entspann sich eine äußerst rege Aussprache, woraus sich ergab, daß alle Neuaufnahmen, Ummeldungen oder Veränderungen usw. von Familien der Nachbarschaft nur bei den zuständigen Bezirks-Beisitzern zu tätigen sind. Diese sind für den Bezirk 1. Klagebach, Otto Selbach, 2. Lauen-scheiderohl, Ewald Kämper, 3. Fläskamp, Einscheid, Dahlhausen, C. Piepenstock, 4. Dahlebrück, Glör und Delken, Wilh. Ackermann, 5. Dahlebrück Bergstraße, Twieströmen, Walze und Mühlerohl, Wilh. Dahlhaus, 6. Schalksmühle Bahnhofstraße, Carl Schröder 7. Wothstraße, Mühlenstraße und Kirchgaße, Bahnhofsvorsteher C. Gofewinkel 8. Hälverstraße, Löh und Rothhausen, Reinhold Schulte, 9. Bergstraße, sowie der gesamte Hügel, Gustav Bre-meyer jr., 10. Akenbach und Reeswinkel, Wilh. Bachhaus. Unter Verschiedenes wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen, deren Ausführung der Vorstandsmitglieder sich angelegen sein lassen.

Herscheid, 18. Mai. Von Rektor Wilh. Däumer in Wetter, einem Kinde unserer Gemeinde, ist ein Heftchen verfaßt mit dem Titel: „Beiträge zur Geschichte der Industrie der Gemeinde Herscheid“. Das Büchlein ist sehr interessant geschrieben und dürfte namentlich in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten besonders Interesse finden. Die gewerbliche Tätigkeit Herscheids zählt zu den ältesten des Kreises Altena. Sie hat begonnen mit der Schmiederei schon vor 1000 Jahren.

Attendorf, 18. Mai. Der zwölfjährige Sohn der Eheleute B. hatte während er Matkaiser fing, ein Zweimarstück in den Wind gesteckt und verschluckt dieses unglücklicherweise. Bis jetzt konnte das Geldstück noch nicht entfernt werden.

Letmathe, 17. Mai. Folgeschwerer Dubsstreich. Auf der Degerstraße in der Nähe der von der Firma Poensgen & Heyer errichteten Wohnhäuser wurde die Frau des Fabrikanten M. Schuchart plötzlich von einem mit starker Wucht geschleuderten faustdicken Stein so schwer getroffen, daß die Schädeldecke durchschlagen wurde. Frau Sch. mußte sofort ins hiesige Marienhospital gebracht werden und sich einer Operation unterziehen. Ob der Stein mit Absicht oder aus Spielerei auf die Straße geschleudert wurde, konnte man nicht feststellen, da von den Tätern bisher jede Spur fehlt.

Bolmarstein, 15. Mai. Ausgrabungsfunde auf der Burg Bolmarstein. Auf der Vorburg Bolmarstein sind bei den Planierungsarbeiten für den Platz des Bolmarsteiner Kriegerdenkmals Mauerreste von einem größeren Gebäude aufgedeckt. Außerdem fanden sich hier Eisenteile. Kupferbeschläge (scheinbar Riffenbeschläge) Nägel, zwei Pfeilspitzen für Armbrustschützen, ähnlich denen, wie sie aus der Seefer Fehde bekannt sind. Von dem einen Pfeil war die Spitze abgeplattet, also wahr-scheinlich ist er bei der Belagerung 1324 von dem Feind hineingeschickt worden. Ferner fand man Reste von Steinkugeln, von steinernen Hausgeräten, deren Zweck unbekannt ist und ein schön erhaltenes romanisches Würfelkapital. Das Würfelkapital stammt aus der Burgkapelle oder aus dem Ritteraal, wahrscheinlich aus einem Fenster. Die Reste der Felsentreppe, die von der Hauptburg in die Vorburg führte, sind bloßgelegt. Eine Feuerstelle, wo angebrannte Erde und geschwärmte Steine umherlagen, ist aufgedeckt. Die Funde hat Hauptlehrer Siepmann für das Heimatmuseum an sich genommen, um sie den Burgfunden aus den Jahren 1910 bis 1912 beizufügen. Auf dem Platz der Anlagen der Krieger-ehrung soll ein Freistuhl errichtet werden, da erwiesenermaßen dieser Platz nach Urkunden von 1435 und 1505 als Nichtstätte des Bolmarsteiner Fehmgerichtes diente.

Wipperfurth, 17. Mai. In der Nacht zum Sonntag geriet die Fabrik für Installationsartikel von Dr. Koch & Co. (früher W. Drecker) in Brand. Die Fabrik-räume wurden vernichtet; das Wohngebäude blieb erhalten.

Dieringhausen, 17. Mai. Werkwürdiger Konkurs. Ein Berliner Kunde einer hiesigen Firma war in Konkurs geraten. Anfänglich sollten 15. v. H. zur Ausschüttung gelangen. Nach endgültiger Abrechnung wurden durch den Konkursverwalter dann aber 4 Pfennige per Post-anzahlung geschickt, deren Annahme selbstredend verweigert wurde. Jetzt verlangt der Konkursverwalter für Porto, Rückporto, Schreibgebühr 77 Pfg., anderenfalls droht er mit Klage.

Bergneustadt, 18. Mai. Zwischen hier und Düm-minghausen wurde im Walde ein Skelett aufgefunden. Man vermutet, die Überreste des vor 2 1/2 Jahren ver-schwundenen Arbeiters Pfeiffer aus Sessinghausen entdeckt zu haben, nach welchem damals vergeblich geforscht wurde.

Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer zu Lüdenscheid.

Neue Patentgebühren. Durch das Gesetz über die patentamtlichen Gebühren vom 26. März 1926 (Reichs-gesetzblatt Teil II Nr. 13) sind die Patentgebühren mit Wirkung vom 1. April ab erneut der veränderten Wirt-schaftslage angepaßt worden. Ein Vergleich mit den ursprünglichen Gebühren unter Anschluß der Inflations-lage ergibt folgendes Bild: Wurden in der Periode von

1891 bis 1920 für die ersten sieben Patentjahre 1080 RM. an Gebühren bezahlt, so sind jetzt nur 345 RM., also weniger als ein Drittel dafür zu zahlen. Nach dem am 1. März 1924 eingeführten Tarife hatte diese Summe noch eine Höhe von 590 RM. Der Erfinder hat also jetzt in den ersten sieben Jahren, in denen er seine Erfindung ausbaut und zur Einführung bringt, im Durch-schnitt jährlich 50 oder monatlich nur etwa 4 RM. für ein Patent zu entrichten. Erst für die folgenden Jahre treten entsprechend erhöhte Sätze ein, jedoch wesentlich geringere als bisher. Die Patentgebühren erreichen für die ersten 15 Jahre den Betrag von 3995 RM. gegen 5280 RM. der früheren Periode (5140 RM. am 1. März 1924). Die im Jahre 1923 geschaffene Verlängerung der Patentdauer um 3 Jahre auf 18 Jahre sieht für diese letzten Jahre eine Gesamtabgabe von 3100 RM. vor (4900 RM. am 1. März 1924), die im Hinblick auf den erheblichen Nutzen solcher Patente als angemessen bezeichnet werden kann. Die Anmeldegebühr einer Pa-tentanmeldung ist um nur 10 RM. auf 25 RM. herauf-gesetzt worden, obwohl die Selbstkosten der Prüfung sich um das Mehrfache dieser Gebühr höher stellen. Die Zusatzpatente, für die seither die Hälfte der ordentlichen Jahresgebühren zu zahlen waren, sind mit Ausnahme einer Erteilungsgebühr von 30 RM. vollständig gebühren-frei geworden. Der Zuschlag für die verspätete Zahlung von Jahresgebühren ist von 25 % auf 10 % herabgesetzt worden, beträgt jedoch mindestens 5 RM. Durch die neue Gebührenordnung ist man den Wünschen „der Er-finder in weitgehendem Maße entgegengekommen. Bei der hiernach vorgenommenen Verteilung der Gebühren auf die einzelnen Patentjahre kann nicht mehr von einer unerträglichen Belastung der Erfinder gesprochen werden. Es ist vielmehr anzunehmen, daß der Erfinder dabei den vollen Nutzen aus seinen Patenten ziehen und alle Patente so lange aufrecht erhalten kann, wie sie für die deutsche Industrie von Wert sind. Die Gebühren für Gebrauchsmuster und Warenzeichen haben eine geringe Ermäßigung erfahren.

Gewerbesteuerzuschläge. Nach den gesetzlichen Be-stimmungen müssen die amtlichen Interessenvertretungen des Handels und Gewerbes, die Industrie- und Handels-kammern und die Handwerkskammern, von den Gemeinden über 3000 Einwohnern ohne weiteres vor der Fassung der Zuschlagsbeschlüsse zur Gewerbesteuer gehört werden. Von Gemeinden unter 3000 Einwohnern sind die amt-lichen Interessenvertretungen zu hören, wenn seitens eines betroffenen steuerpflichtigen ein diesbezüglicher Antrag gestellt wird. Die Industrie und Handelskammer ersucht daher die beitragspflichtigen Firmen in Orten unter 3000 Einwohnern, bei ihren Gemeinden den Antrag zu stellen, daß die Industrie- und Handelskammer zu den Gewerbe-steuerbeschlüssen gehört wird. Gleichzeitig bittet die Industrie- und Handelskammer um entsprechende Mitteilung.

Dr. Bröcher und Frau Oberreuter gestehen

Giftmord wegen brutaler Behandlung. Dr. Bröcher und Frau Oberreuter, die in Amsterdamm verhaftet wurden, haben bereits ein volles Geständnis abgelegt. Wie erinnerlich, hatte der Giftmord an dem Gatten der Frau Oberreuter seinerzeit großes Auf-sehen in Köln erregt. Dr. Bröcher wurde beschuldigt, Oberreuter im Krankenhaus eine unbedingt tödlich wirkende Quecksilberdosis verabreicht zu haben, was sich jetzt durch das Geständnis bestätigt. Frau Oberreuter gibt an, sie habe Dr. Bröcher zu der Tat veranlaßt, weil sie von ihrem Manne brutal behandelt worden sei. Die Verhaf-tenen waren bei ihrer Festnahme völlig mittellos und her-untergekommen. Sie sind bereits nach Köln transportiert.

Spritweberprozeß.

Die Brandstiftungsanfrage — Angriffe gegen die Monopolverwaltung.

§ Berlin, 17. Mai.

Die Beweisaufnahme im Spritweberprozeß wandte sich der Anfrage gegen Hermann Weber wegen Brandstiftung, Ver-sicherungsbetruges und schwerer Urkundenfälschung zu. Her-mann Weber hatte im Herbst 1923 die unbenutzte Straßenbahn-halle in Stahnsdorf zu Lagerzwecken für die Süddeutsche Weht-und Spirituosenvertriebsgesellschaft gemietet. Das Lager wurde bei englischen Versicherungsgesellschaften versichert. Am Morgen des 7. Juni 1924, dem Pfingstsonnabend, zwischen neun und zehn Uhr, brach ein Brand aus und in kurzer Zeit waren die Wagenhallen bis auf die Umfassungsmauern mit fast sämtlichen Vorräten niedergebrannt. Es wird angenom-men, daß Weber die Brandstiftung seit langem sorgfältig vor-bereitet hat. Bevor in die Verhandlung dieses Angelegteils eingetreten wurde, stellten die Verteidiger umfangreiche auf-sehenerregende Beweisangebote, die sich gegen die Monopol-verwaltung richteten und die den Nachweis bezweckten, daß das Strafverfahren gegen Weber und Peters von der Monopol-verwaltung nicht die Ausbedung einer Korruption, sondern die Verbedung bezweckte. Zur Beruhigung der öffentlichen Mei-nung, die sich mit den Beziehungen einzelner Spritinteressenten, insbesondere des Apothekers Ruben, zu Persönlichkeiten der Monopolverwaltung zu beschäftigen begann, habe man Her-mann Weber und Peters als Mitgabnehmer benützt.

Der Hungerunfug.

Beim Hungern gestorben. — Neuer Hungerweltrekord.

Der Hungerkünstler Maz, mit seinem bürgerlichen Namen Scholz, der sich in Baugen produzierte und bereits 42 Tage im Glaslasten ausgehalten hatte, wurde von Magenkrämpfen befallen und ins Krankenhaus gebracht. Dort versuchte man, durch Stärkungsmittel und Kochsalz-injektionen seine Kräfte wieder zu beleben, aber die Ärzte konnten den Verfall des aufs äußerste geschwächten Ar-tisten nicht verhindern. Er starb, nachdem er mehrere Stunden in tiefer Bewußtlosigkeit gelegen hatte.

Gleichzeitig kommt aus Altona die Nachricht, daß dort der Hungerkünstler Don Albino 60 Tage lang ge-hungert und damit einen neuen Rekord aufgestellt hat. Der Anzug, der, wie der Fall Scholz in Baugen zeigt, die schwersten Folgen haben kann, nimmt aber immer noch kein Ende.

Kleine Nachrichten.

Anordnungen zur Durchführung des Volksentscheids. Berlin. Der Reichsminister des Innern hat durch Ver-ordnung vom 17. Mai 1926 die näheren Anordnungen für die Durchführung des Volksentscheids getroffen. Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren ver-

langere, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstentümer Gesetz werden soll. Der Stimmzettel erhält eine dementsprechende Frage vorge- druckt. Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage be- jahten will, das mit „Ja“, der Stimmberechtigte, der sie ver- nein will, das mit „Nein“, bezeichnete Bieck durchkreuzt. Die Stimmzettel sind in Stimmkapseln am 6. Juni bis einschließlich 13. Juni auszuliegen. Die Gemeinde- behörden sind ermächtigt worden, die Auslegung schon früher beginnen zu lassen.

Zusammentritt des Auswärtigen Ausschusses.

Berlin. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages wird noch im Laufe dieser Woche zusammentreten, um eine Aus- sprache über den Verlauf der Verhandlungen der Genfer Kommission stattfinden zu lassen. Außerdem wurde auf Vor- schlag des Vorsitzenden in Aussicht genommen, demnächst die Fragen des sogenannten Wilson-Abkommens vom 16. Juni 1919 im Auswärtigen Ausschuss zur Erörterung zu stellen, das bei rechtzeitiger Erfüllung der Deutschland auf- erlegten Verpflichtungen eine vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete in Aussicht stellt.

Eine Erklärung des Justizrats Claß.

Berlin. Justizrat Claß läßt zu den gegen ihn erhobenen Putzbeschuldigungen eine Erklärung veröffentlichen, in der es u. a. heißt: Es ist mir niemand bekannt, der die Rettung des Vaterlandes durch einen Putz für möglich hielt und sich mit Putzplänen beschäftigte. Bei meinen Unterhaltun- gen der letzten Zeit über die wirtschaftliche Not habe ich meine Ansicht dahin ausgesprochen, daß die Rettung nur von einer Regierung kommen könne, in der die besten Männer Deutschlands säßen, die genaue Kenntnis der Wirtschaft und des Staates mit staatsmännischem Geist und Sachlich- keit verbänden. Im Anschluß an Unterhaltungen mit Herrn Hugenberg habe ich an ihn schließlich die Frage gerichtet, ob er sich zur Verfügung stelle, falls der Ruf an ihn ergehe, ein maßgebendes Reichsamt zu übernehmen. Herr Hugenberg hat mir mehrfach ablehnend geantwortet. Das hat mich ver- anlaßt, ihn um sein Urteil über Herrn Dr. Neumann zu bitten, das sehr anerkennend lautete. Justizrat Dr. Claß er- klärt weiter, er habe an Dr. Neumann dieselbe Frage gestellt wie an Herrn Hugenberg. Dr. Neumann habe abgelehnt. Der ablehnende Brief des Herrn Dr. Neumann vom 25. April wurde von der Polizeibeamten gefunden, aber nicht be- schlagnahmt. Justizrat Claß hat Strafantrag gegen die Polizei gestellt.

Verworfen Revision.

Leipzig. Der dritte Strafsenat des Reichsgerichts ver- warf die Revision des Zahnchirurgen Hugo Rumpf aus Erfurt, der wegen Verführung Mordes in zwei Fällen vom Schwur- gericht in Erfurt am 5. März zu fünfzehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt worden war. Rumpf hatte im November 1923 versucht, seine Mutter und seinen Bruder zu vergiften, indem er einem Kuchen Arsenit zusetzte, worauf beide erheblich erkrankten. Rumpf war auch beschuldigt, seine Schwester, seinen anderen Bruder und sein uneheliches Kind vergiftet zu haben, doch war er wegen dieser Fälle freige- sprochen worden.

Spiel und Sport.

Sp. Aberglaube der Automobilisten. Der Rennauschuss des Automobilclubs von Frankreich hat die Nummern für die Teilnahme am Großen Automobilpreis von Frankreich ausgelost. Es wurde beschlossen, alle un- g

raden Ziffern zu unterdrücken, da gerade die Wagen mit den Nummern 13 und 17 bei verschiedenen Rennen ver- unglückten. Zuletzt war es Graf Majettis Unglücks- wagen, der in der Targa Florio die ominöse 13 trug.

Sp. Englischer Fußballspiel in Basel. Der Fußball- meister Huddersfield Town schlug in Basel die dortigen Old Boys 11:1 (6:1). Gegen eine Berner Stadtmann- mannschaft siegten die Engländer dagegen nur 4:2 (3:0).

Aus dem Gerichtssaal.

§ Ausbeutung der Voruntersuchung gegen Jürgens. Die Voruntersuchung im Falle Jürgens, die bereits unmittelbar vor ihrem Abschluß stand, ist jetzt von neuem ausgedehnt wor- den, und zwar hinsichtlich des Landgerichtsdirektors selbst, dessen Verhalten nach Ansicht der Staatsanwaltschaft den Ver- dacht der gewohnheitsmäßigen Hehlerei aufkommen läßt. Die Untersuchungsbehörden nehmen an, daß Jürgens gewußt und gebildet habe, daß seine Frau sich Sachen, Bekleidungsgegen- stände und dergl. durch strafbare Handlungen, nämlich Kredit- betrug, verschafft habe. Die Beendigung der Voruntersuchung wird durch die Ermittlungen in dieser Richtung wiederum um etwa ein bis zwei Wochen verzögert.

§ Vom Kindesmord freigesprochen. Ein gewesener Offizier in Villiers-sur-Marne hatte sich vor dem Schwurgericht des Departements Seine-et-Oise wegen Kindesmordes zu ver- antworten. Er hatte seinen neunjährigen Sohn, der sehr schlechte Eigenschaften besaß, mit einem Stod berart ge- züchtigt, daß das Kind bald darauf starb. Die unmittelbare Ursache der Züchtigung war die Tatsache gewesen, daß der Knabe die Schule „geschwänzt“ hatte. Die Geschworenen sprachen den Angeklagten nach einer Beratung, die bloß einige Minuten währte, frei.

§ Fortsetzung der Zeugenvernehmung im Kutischer-Prozess. Im Kutischer-Prozess wurde weiter Geheimrat Ruge, der früher leitender Beamter der Staatsbank war, als Zeuge über das Verhalten der Staatsbankdirektoren Rüge und Hellwig ver- nommen. Der Zeuge erklärt, er habe erst im Mai 1925 er- fahren, daß die Kredite für Kutischer eine nicht zu billigen- de Höhe erreicht hätten. Die Gesamtdirektion sei über den Um- fang dieser Geschäfte vorher nicht informiert worden. Weder Rüge noch Hellwig hatte er für beständig. Hellwig sei in den in Frage kommenden Geschäften absolut unerfahren gewesen. Der Zeuge erklärt weiter, von dem Honorare, das Rüge und Hellwig für ihre Schiedsrichtertätigkeit in einem Streit zwischen Kutischer und Michael bekommen hätten, habe er erst im De- zember zu seinem Schreck erfahren. Beide hätten von Kutischer je 5000 Mark und außerdem noch von Michael 40 000 Mark be- kommen.

Börse und Handel.

Amstische Berliner Notierungen vom 17. Mai.

* Börsenbericht. Bei ziemlich ruhigem Geschäft war die Haltung der Börse recht fest, besonders einzelne Spezialwerte waren stark gefragt. Unsicherer war die Stimmung am Markt der inländischen Anleihen, wo Kriegsanleihe nach einem An- fangssturz von 0,39 auf 0,385 abrückte. Der Geldmarkt ist unverändert leicht, tägliches Geld 4—5,50 %, monatliches Geld 5,50—6,50 %.

* Devisenbörse. Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,41—20,46; holl. Gulden 168,86—169,28; Danz. 80,93 bis 81,13; franz. Franc 12,67—12,71; belg. 12,40—12,44; Schweiz. 81,10—81,30; Italien 14,83—14,87; schwed.

franz. 112,31—112,59; dan. 110,21—110,49; norw. 90,99 bis 91,21; tschech. 12,41—12,45; österr. Schilling 59,22 bis 59,36; poln. Zloty (nicht amtlich) 39,2—39,4.

* Produktentörse. Die festeren amerikanischen Devisen be- wirken eine mäßige Erholung der Weizenpreise. Inlands- ware fehlt, für ausländische sind die Forderungen leicht er- höht und dementsprechend auch die hiesigen Lieferungspreise etwas teurer. Von Roggen ist Lagerware vermehrt zu kaufen, sonst bleiben die Offerten mäßig. Der weitere Regen- mangel erweist für die Felder manche Besorgnis, doch kann baldige Rüsse noch alles gutmachen. Im Lieferungsge- schäft haben weitere Andienungen für laufenden Monat diesen nur zu letzten Preisen eröffnen lassen, während Juli und September eine Mark höher einliegen. Gerste blieb an- dauernd still. Hafer war weiter fest, die Forderungen des Inlands sind hohe, werden aber teilweise hier bezahlt. Weizen bleibt geschäftlich lustlos, Futterartikel sind weiter ruhig geblieben.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilo- gramm in Reichsmark:

Bez. m. m. 17. 5.	15. 5.	Bez. f. f. 17. 5.	15. 5.
pommersch.	—	Roggl. f. f. 11	11
Roggl. m. m. 176-181	176-181	Roggl. f. f. 11,5-11,8	11,5-11,8
pommersch.	—	Raps	—
westpreuß.	—	Leinsaat	—
Braugerste 191-204	191-205	Wit.-Erbsen 30-39	36-39
Futtergerste 172-185	172-185	fl. Speiserbs. 25-26	25-26
Hafer, m. m. 197-208	197-207	Futtererbsen 20-25	20-25
pommersch.	—	Peluchsen 20-23	22-23
westpreuß.	—	Ackerbohnen 22-24	22-24
Weizenmehl p. 100 kg fr.	—	Widen 28-30	28-30
W. br. inf. 36,7-39,5	36,7-39,5	Eupin., blaue 12,0-12,7	12-12,7
Erd. (feinst. 36,7-39,5)	36,7-39,5	Eupin., gelbe 14,7-15,7	14,7-15,7
W. u. Not. 36,7-39,5	36,7-39,5	Serabellia 34-38	34-38
Roggenmehl p. 100 kg fr.	—	Napstuden 13,7-14,0	13,7-14
Berlin br. 25-26,5	25-26,5	Leinwaden 18-18,5	18-18,5
inf. Erd. 25-26,5	25-26,5	Trodenfischl. 9,8-10,1	9,8-10,1
		Zona-Schrot 19,2-19,5	19,2-19,5
		Torfm. 30/70	—
		Kartoffelst. 15,6-16,0	15,6-16,0

Elberfelder Schlachtviehmarkt.

Elberfeld, 17. Mai. Auftrieb 698 Stück Groß- vieh, davon 272 Ochsen, 70 Bullen, 345 Färken und Kühe, 11 Fresser, 2589 Schweine, 106 Kälber, 71 Schafe. Es kosten: 1. Rinder: Ochsen: a) 62—63, b) 60—61, c) 55—58, d) 45—50; Bullen: a) 56—58, b) 50—54, c) 45—48; Färken und Kühe: a) 60—62, b) 56—58, c) 48—52, d) 35—40, e) 25—32; Jungvieh: a) 45—48. 2. Kälber: a) —, b) 80—85, c) 75—78, d) 62—68, e) 50—60. 3. Schafe: (Weideschafe) a) 45—50, b) 30—40. 4. Schweine: a) —, b) 81—82, c) 79—80, d) 77—78, e) 74—76, f) 65—74.

Tendenz des Marktes: Ausstellungstiere der Berliner Mastviehausstellung brachten bedeutend höhere Preise. Einzelne ausgefuchte Tiere über Notiz. Großvieh und Schweine lebhaft, Kälber mittleres Geschäft. Aus dem Auslande wurden in der vergangenen Woche eingeführt: 144 Rinderquartale, und 81 Kälber.

Schriftleitung: Wilh. Bell jr., Halber i. Westf.

Stadt Halber.

Hans Born
Erna Born

geb. Brückmann

Vermählte.

Halber, den 19. Mai 1926.

In das Handelsregister A Nr. 479 ist heute bei der Firma **F. W. Krägeloh, Schalksmühle** eingetragen. Der Fabrikant Friedrich Wilhelm Krägeloh sen., Fräulein Frieda Krägeloh und Fräulein Helheid Krägeloh sämtlich in Schalksmühle sind in das Geschäft als persön- lich haftende Gesellschafter eingetragen. Die Einzelirma ist in eine offene Handelsgesellschaft umgewandelt, die am 22. Februar 1919 be- gonnen hat. Zur Vertretung der Gesellschaft sind nur die Gesellschafter Friedrich Wilhelm Krägeloh sen. und Friedrich Wilhelm Krägeloh jun. und zwar jeder für sich allein ermächtigt.

Lüdenscheid, den 6. Mai 1926.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 9 ist heute bei der Firma offene Handelsgesellschaft **Gebr. Jaeger in Schalksmühle** eingetragen: Die dem Karl Hagedorn und dem Ernst Nachrodt erteilte Gesamtprokura ist erloschen.

Lüdenscheid, den 7. Mai 1926.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister Abteilung A Nr. 84 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft in Firma **F. D. vom Brocke zu Halber** ein- getragen: Die dem Hugo Böcker erteilte Proku- ra ist erloschen.

Lüdenscheid, den 7. Mai 1926.

Das Amtsgericht.

In das Handelsregister A Nr. 649 ist heute bei der offenen Handelsgesellschaft **Pühl & Schäfers in Heesfeld** eingetragen: Der Fabrikant Carl Pühl in Heesfeld ist durch Tod aus der Gesellschaft ausgeschieden. An seiner Stelle sind die Witwe Fabrikant Carl Pühl, Lina geb. Liebi in Heesfeld, die Ehefrau Kauf- mann Alfred Schwarz, Ella geb. Pühl in Hees- feld, der Diplombauern Erich Pühl in Nürn- berg, der Kaufmann Karl Pühl in Heesfeld und die unverheiratete Lina Pühl in Heesfeld in un- geteilter Erbengemeinschaft in das Geschäft als persönlich haftende Gesellschafter eingetreten.

Lüdenscheid, den 7. Mai 1926.

Das Amtsgericht.

Sie haben doch sonst Geschmack
warum achten Sie so wenig auf Ihr Heim?



Die Tapeten sind vielfach ver- blichen, schadhast und ganz unmodern, auch passen sie garnicht zu Ihren Möbeln. Dabei ist die Erneuerung derselben heute wie- der ohne große Kosten möglich. Sie können schon von

15 Pfg. an die Rolle, eine gute, haltbare **Tapete**

in meiner großen Aus- wahl finden. Bitte be- sichtigen Sie **ohne Kaufzwang** mein Lager.

Sie finden zu billigen Preisen die passende Tapete.

Tapetenhaus „HANSA“

Inh. Max Müller,

Lüdenscheid, Knapperstr. 19-21

3 Minuten vom Bahnhof.

Für Auswärtige Fahrgeldvergütung bis 10 % der Kaufsumme.

Billige Bezugsquelle für Lacke und Farben, streichfertig.

Empfehle mein reichhaltiges Lager

Ia. Zigarren, Zigaretten

Rauch- u. Kautabak

nur beste Qualitäten erster Firmen

Große Auswahl in

Amboina, Bruhere-

Pfeifen und Muzen

Feuerzeuge u. sonst. Raucherutensilien

Fr. Herm. Bohmer,

Bahnhofstr. Schalksmühle. Bahnhofstr.

Inferieren bringt Gewinn!

Ich bin unter Telefon

Nr. 197

Amt

Meinerzhagen

angeschlossen.

Otto Bonner,

Gärtnerei,

Kierspe-Bhl.

Düngemittel.

Auf Lager vorrätig

Thomasmehl

Feingemahlener

Hederich-Kainit 15%

schwefelsaur. Ammoniak

Kalkammonsalpeter,

Guanoalpeter,

Amm.-Superphosphat

9 > 9

Amm.-Superphosphat

5 > 10%

Knochenmehl

4 1/2 > 22%

E. Zimmermann,

Dhl-Rönsahl

Offene Stellen

Stellenwechsel

Stellenvermittlung

für alle besseren weiblichen Berufsarten in Haus, Familie und Schule (auch für männliche Berufe).

Die Anzeigen-Aannahme für das bekannte Familienblatt

Daheim,

das über ganz Deutschland und angren- zende Gebiete stark verbreitet ist und An- gebot und Nachfrage rasch und sicher zu- sammenführt, befindet sich in unserer

Geschäftsstelle:

Halber, Kirch-Str. Nr. 5.

Das Publikum hat nur nötig, die Stellen- Anzeigen (Angebote oder Gesuche), Pen- sions-Anerbieten und Gesuche usw. bei uns abzugeben und die Gebühren (kein Aufschlag) zu entrichten. Die Expedition erfolgt prompt und vertraulich, ohne Spesen für den Besteller, dem wir damit jede weitere Mühewaltung abnehmen.

Die Anzeigenpreise im Daheim sind im Vergleich zur großen Auflage niedrig und betragen gegenwärtig für die einseitige Druckzeile (7 Zeilen) für Stellen-Ange- bote 80 Pfg., Stellen-Gesuche 60 Pfg., übrige kleine Anzeigen Rm. 1 —.

Wir empfehlen, die Anzeigen möglichst frühzeitig aufzugeben.

Die Geschäftsstelle

Allgemeiner Anzeiger, Halber.

Sigung

d. Gemeindevertretung
Hilfsheld

ist anberaumt auf Dien- tag, den 25. d. M. nachm. 4 1/4 Uhr in

Dahlebrück bei Henke.

Gaushaltsplan, Haus- zinssteuerhypotheken, Wahlen, Wohlfahrtsan- gelegenheiten.

Lüdenscheid, 17. Mai 26.

Der Amtmann.

Landwirtschaftlicher
Berein Halber.

Landwirte, welche er- wachene Familienange- hörige in ihren Betrieben beschäftigen, werden er- sucht, das diesbezügliche **Steuernachsch.-Antrag- formular für Ein- kommensteuer-Vor- auszahlung 1926** beim Kassierer sofort ab- zuholen.

Auskunft daselbst.

Der Vorstand.

Vertausche:

8 Wochen alte Hühner- n. 220—250 Eier- hennen, Am. wje. Leg- horn geg. gleich alte Land-Henn.-Stücken.

Geflügelarm

Halzenbach b. Oberbrügge

Vertausche:

Kreuzungshühner

geg. festf.

Glucken.

Geflügelarm

Halzenbach b. Oberbrügge

Vertausche:

8 Wochen alte

Leghornhennen.

Geflügelarm

Halzenbach b. Oberbrügge

Schriftl. Heimarbeit

verg. Vitalis-Verlag,

München S. W. 4.